



Privatisierung macht durstig – Stoppt die GATS Verhandlungen in Cancún!

Worum geht es hier in Cancún?

Jeder ist betroffen: Dienstleistungen wie Kranken- und Rentenversicherung, Bildung, öffentliche Verkehrsmittel, Strom, Post – das alles steht zur Disposition. Denn mit dem GATS wurde 1995 das erste Abkommen für den Handel mit Dienstleistungen in das Vertragswerk der Welthandelsorganisation WTO aufgenommen. Derzeit wird es neu verhandelt, mit dem Ziel, weitere gesellschaftliche Bereiche zu liberalisieren. Auch solche, die bisher vom GATS ausgenommen waren, wie die Wasserversorgung.

Offiziell soll auf der WTO Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún im September 2003 nur ein präziser Zeitplan für die GATS-Verhandlungen verabschiedet werden. Aber es ist zu erwarten, dass die EU hinter verschlossenen Türen darauf drängen wird, in Entwicklungsländern sensible Sektoren wie die Wasserversorgung oder Finanz- und Energiedienstleistungen für europäische Konzerne zu öffnen. Im Vorfeld richtete sie bereits äußerst aggressive Forderungen an zahlreiche WTO-Mitglieder, darunter an 65 Entwicklungsländer die Forderung, ihren Wassermarkt für private Anbieter zu öffnen.

Worin liegt das Problem?

Anders als der Warenhandel wird der Dienstleistungshandel im Wesentlichen nicht durch Zölle oder Importbeschränkungen reguliert, sondern durch innerstaatliche Gesetze, Normen oder Qualifikationsstandards etc. geregelt. Durch das GATS dürfen diese Gesetze nun aber den freien Handel mit Dienstleistungen „nicht mehr als notwendig“ einschränken. Fühlt sich ein transnationaler Konzern in diesem Sinne durch ein Gesetz oder einen Qualitätsstandard in seiner Geschäftstätigkeit beeinträchtigt, kann er seine Regierung ersuchen, gegen dieses „Handelshemmnis“ beim WTO-Tribunal zu klagen. Der dann durchgeführte „Notwendigkeitstest“ entscheidet, ob der Handel „mehr als notwendig“ beeinträchtigt wurde. Der Un-Geist des Freihandels wird damit zum übergeordneten Verfassungsprinzip, dem sich die gesamte nationalstaatliche und kommunale Gesetzgebung unterordnen muss.

Bislang war die Wasserversorgung von diesem Geist des GATS ausgenommen. Mit den Forderungen der EU an die anderen WTO-Mitglieder hat sich dies jedoch geändert: Die EU spielt im Wassersektor die Rolle des Liberalisierungsvorreiters. Nicht nur die französischen Weltmarktführer Vivendi und Suez, sondern auch deutsche Multis wie RWE oder E.ON wollen in Zukunft in der weltweiten Wasserversorgung mitmischen. Die Liberalisierung durch GATS wird ihnen den Weg dafür ebnen. Dass Konzerne allerdings nicht die Interessen der Allgemeinheit vertreten, zeigen zahlreiche misslungene Privatisierungsfälle in der Wasserversorgung: So stiegen beispielsweise in Argentinien, Bolivien oder Südafrika die Wasserpreise nach der Privatisierung um bis zu 100%. In der südafrikanischen Provinz Kwa Zulu-Natal konnten Bewohner die gestiegenen Wasserrechnungen nicht mehr bezahlen; durch den „Genuss“ verschmutzten Flusswassers brach dort innerhalb kurzer Zeit eine Cholera-Epidemie aus. Auch Europa blieb nicht verschont: In Großbritannien stiegen die Wasserpreise nach der Liberalisierung um 50%, und 19.000 Haushalte wurde der Hahn abgedreht, weil sie die hohen Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Gemeinnützigkeit wurde einmal mehr der Profitmaximierung transnationaler Konzerne untergeordnet.

Was fordert Attac?

Das GATS bedroht den Zugang zu Grundgütern des Lebens und öffentlichen Dienstleistungen, schränkt Entwicklungsperspektiven für die Länder des Südens ein und untergräbt demokratische Entscheidungsprozesse.

Mit den „GATS-Requests“ drängt die EU darauf, weltweit Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie die Wasserversorgung europäischen Konzernen preiszugeben.

ATTAC fordert daher:

- ✘ Sofortiger Stopp der GATS-Verhandlungen!
- ✘ Rücknahme der so genannten „Requests“!

Der Argumentationsknigge: Privatisierungslügen und andere Mythen

Warum kann sich durch das GATS die Versorgungslage verschlechtern?

Über den Prozess der Liberalisierung treibt das GATS weltweit Privatisierungsprozesse voran. Private Konzerne sind jedoch nicht (wie die öffentliche Hand) an den Versorgungsauftrag gebunden, sondern primär der Profitmaximierung verpflichtet. Dazu kann ein freier Markt, wie er vom GATS angestrebt wird, ohne Kontrollen zu Monopolisierung führen, und die wiederum kann zu steigenden Preisen und geringerer Qualität der Versorgung führen.

Öffentliche Dienstleistungen sind für die Menschen da und sie sind am besten, wenn sie von denjenigen gestaltet werden, die sie auch nutzen. Während ein lokaler gemeinnütziger Anbieter, z.B. ein Stadtwerk, die Möglichkeit einer demokratischen Gestaltung bietet, orientieren sich die vom GATS geförderten internationalen Dienstleistungskonzerne nicht an den Bedürfnissen der Nutzer.

Werden durch Privatisierung hochverschuldete öffentliche Haushalte entlastet?

Privatisierung kann kurzfristig ein wenig Geld in öffentliche Kassen spülen. Aber unrentable Sektoren sind für Unternehmen uninteressant, so dass die öffentliche Hand z.B. für die defizitäre Grund- und Armutsversorgung doch wieder herhalten muss (z.B. ist der Einstieg in die private Altersvorsorge durch eine Lebensversicherung für Menschen mit bestimmten Erkrankungen nicht möglich). Auf der anderen Seite verliert der Staat die Einnahmen, die er bisher durch eigene rentable Unternehmen (z.B. ein abgeschriebenes Kraftwerk) bekommen hat. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Warum ist das GATS undemokratisch?

Die GATS-Verhandlungen (insbesondere die Forderungs- und Angebotslisten – „requests and offers“) werden geheimgehalten, Parlamente nicht eingebunden und zuständige Ministerien wie das BMWA missachten ihre Informationspflicht.

Darüber hinaus haben viele Entwicklungsländer nicht genügend Kapazitäten, um den komplexen WTO-Verhandlungen ständig beizuwohnen, eine adäquate Interessensvertretung ist nicht möglich. Und: Einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen können nur zurückgenommen werden, wenn dafür andere Dienstleistungen liberalisiert werden.

Ist das GATS alleine für die zu erwartende Privatisierungswelle verantwortlich?

Der Druck zur Privatisierung kommt von vielen Seiten. Das GATS schafft die Rahmenbedingungen für die Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes und macht sie unumkehrbar. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank sind mit von der Partie, denn sie koppeln bereits seit längerem die Vergabe von Krediten auch an Privatisierungsprozesse.

Was sind die konkreten Forderungen/Alternativen von Attac?

- ✘ Sofortiger Stopp der GATS-Verhandlungen! Veröffentlichung aller Verhandlungsdokumente!
- ✘ Die **de facto-Unumkehrbarkeit** der einzelnen Liberalisierungsschritte muss zurückgenommen werden (laut Art. XXI des GATS-Abkommens kann man eine Verpflichtung nach drei Jahren wieder zurücknehmen, allerdings muss ein Land damit rechnen, in diesem Fall Ausgleichsmaßnahmen, wie die Öffnung anderer Sektoren, gegenüber den betroffenen Ländern erbringen zu müssen).
- ✘ Erhaltung des Solidaritätsgedankens (Sozialversicherung ist kein „Handelshemmnis“!)

Internationale Aktionswoche zur WTO-Ministerkonferenz: 7.-14. September 2003

Aktionsideen - Das GATS am Infostand, auf der Straße und im Bekanntenkreis

- ✘ **Kicking away the ladder:** Industrieländer und die WTO ziehen den Ländern des Südens die „Entwicklungsleiter“ weg, auf der sie selbst soeben noch hochgeklettert wird. Kommentar dazu über Megaphon: das GATS behindert Entwicklungsprozesse für die Länder des Südens!
- ✘ **Alles Nieten:** Wassertombola, bei der alle Lose Nieten sind mit dem Text: „Leider verloren – die WTO hat die Wasserversorgung privatisiert“. Dazu (verbogene) Wasserhähne vom Schrottplatz um den Stand herum/ in der Fußgängerzone verteilen.
- ✘ **Weitere Aktionsideen** zum GATS gibt es im Internet: <http://www.attac.de/aktionen>

